

LINKEZEITEN

Ausgabe # 9: März 2009 Mitgliederzeitung für **DIE LINKE.**
Kreisverband Köln

Für ein solidarisches Köln!

LINKE beschließt Kommunalwahlprogramm

Von Hans Günter Bell,
Sprecher der LINKEN Köln,
und Elisabeth Sachse,
Sprecherin der LINKEN Köln

Die Mühe hat sich gelohnt. Nach sieben Monaten Arbeit in 22 Arbeitsgruppen haben wir am Samstag, 31.01.2009, unser Kommunalwahlprogramm bei nur einer Gegenstimme und wenigen Enthaltungen beschlossen. In diesem Programm stellen wir klar:

„DIE LINKE steht in Köln für eine solidarische, demokratische und ökologische Politik. Soziale Gerechtigkeit ist unser Ziel. Wir sind die Alternative zu den pro-kapitalistischen Parteien und deren Wirtschafts-, Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik.“

Allein 84 Mitglieder unseres Kreisverbandes haben die einzelnen Kapitel als Antragsteller/-innen eingebracht, weitere 20 haben mit ihren Änderungsanträgen dazu beigetragen, dem Programm den letzten Schliff zu geben.

Danken möchten wir auch der Projektleitung, bestehend aus Hans Günter Bell, Jörg Detjen, Elke Hoheisel-Adejolu, Michael Kellner, Martin Nees, Sengül Senol, Gisela Stahlhofen und Yesim Yesil-Bal.

Sie hat die beiden Tagungen am 21. Juni und am 01. November vorbereitet und den gesamten Erarbeitungsprozess koordiniert.



Unsere zentralen Forderungen: Die „11 Gebote“

1. Gute Arbeit statt Hartz IV!

Wir fordern, dass die Stadt Köln die 1-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umwandelt und ein kommunales Beschäftigungsprogramm auflegt.

2. Den Köln-Pass ausbauen!

Wir fordern, den Kreis der Köln-Pass-Berechtigten auf alle Kölner/-innen, deren Einkünfte bis zu 30% über dem Hartz IV-Regelsatz liegen, zu erweitern.

Erforderlich ist zudem ein Sozialtarif für Strom und Gas.

3. Aus den Veedeln wächst die Stadt!

Wir setzen räumliche Schwerpunkte in den benachteiligten Stadtteilen und treten für die Fortsetzung und Ausweitung der sozialraumorientierten Hilfsangebote und der „Soziale Stadt“-Programme ein.

Wir fordern eine Umlenkung der Investitionsmittel: weg von den Prestigeprojekten in der Innenstadt hin zu den vielen bürgernahen, kleinen Maßnahmen in den Stadtteilen.

4. Mehr Demokratie – Korruption verhindern!

Wir fordern die Entwicklung von Verfahren der Bürgerbeteiligung, die allen sozialen Gruppen echte Mitwirkungsmöglichkeiten sichern.

Erforderlich ist auch die Fortsetzung und Ausweitung des Bürgerhaushaltes und die Gründung und Stärkung von Nutzer- und Betroffenen-Beiräten auf allen wichtigen kommunalpolitischen Handlungsfeldern.

5. Köln stellt sich quer: Aktiv gegen Rechts!

Wir setzen uns dafür ein, dass sich bis zur Kommunalwahl 2009 in

Fortsetzung auf Seite 2!

den Stadtbezirken breite Bündnisse gegen die Wahlkandidatur von „Pro Köln“ und anderen rechtsextremen Organisationen/Parteien bilden und dazu beitragen, dass in den Stimmhochburgen der Rechts-extremen Aufklärungsarbeit geleistet wird.

6. Interkulturelle Vielfalt: Gleiche Rechte für Alle!

Wir werben für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle hier lebenden Menschen und den gleichberechtigter Zugang von Menschen mit Migrationshintergrund in den Unternehmen.

7. Eine Schule für Alle!

Wir fordern unentgeltliche öffentliche Bildungseinrichtungen von der städtischen Kindertagesstätte bis zum Hochschulabschluss sowie unentgeltliche Weiterbildungsangebote, z.B. der Volkshochschulen.

Wir fordern weitere Gesamtschulen und den Ausbau des gemeinsamen Unterricht für behinderte und nicht-behinderte Kinder.

8. Wohnen ist Menschenrecht!

Wir fordern die Ausweitung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus und die Übernahme der tatsächlichen Wohnkosten für ALG-II-Bezieher/-innen.

9. Die Straßen den Menschen!

Wir fordern eine soziale und ökologische Verkehrspolitik, die den massiven Ausbau des ÖPNV und die Erweiterung der Flächen für Fußgänger/-innen und Fahrradfahrer/-innen mit der Verringerung der Pkw-Stellplätze im öffentlichen Straßenraum und der Verringerung und Verengung der Fahrspuren kombiniert.

10. Demokratisierung statt Privatisierung städtischer Betriebe!

Wir lehnen die Privatisierung bestehender städtischer Leistungen ab. Keines der Ämter der Stadtverwaltung und keines der städtischen Unternehmen darf an Private veräußert oder in private Rechtsformen (Aktiengesellschaft oder GmbH) überführt werden.

Wir fordern die Rekommunalisierung der GAG Immobilien AG, der Abfall-Verwertungsbetriebe (AVB) und der Rheinenergie.

11. Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld ...

Die finanzielle Krise der Kommunen lässt sich nicht vor Ort lösen. Nötig ist eine Änderung der Steuerpolitik auf Bundesebene, um die Reichen und Kapitalbesitzer zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben heranzuziehen.

Um die kommunale Finanzkraft zu stärken, ist eine Gemeindefinanzreform notwendig. Wir fordern die Anhebung der Gewerbesteuer um mindestens 30 Hebesatzpunkte und ein Moratorium aller Mietzahlungen der Stadt an den Esch-Oppeheim-Fonds.

Für eine starke LINKE Opposition

Dieses Programm lässt sich als Ganzes nicht mit den anderen, prokapitalistischen Parteien umsetzen. Es lässt sich nur verwirklichen, wenn die Menschen selbst aktiv werden, Widerstand gegen Sozialabbau leisten, sich für ihre Interessen zusammenschließen.

DIE LINKE ist

- ein Angebot an alle, die sich wehren und ihre Lebensbedingungen gemeinschaftlich gestalten wollen;
- die Alternative zur Politik der Verarmung, Ausgrenzung und Spaltung, wie von CDU, FDP, SPD und Bündnis 90/Grüne sowie dem Oberbürgermeister Fritz Schramma betrieben wurden.

Wer DIE LINKE wählt, der kann sich also darauf verlassen: Unsere zukünftige Fraktion im Kölner Rat ist eine entschieden antikapitalistische Kraft und kritische Opposition. Sie will ihre bisherige Praxis fortsetzen und konkrete Verbesserungen der Lebenslage der lohnabhängigen Mehrheit der Kölner/-innen und anderer benachteiligter und ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen erreichen.

Bei den Kommunalwahlen am 7. Juni 2009 bietet sich eine Chance, den demokratischen Protest zu stärken und Köln eine sozialere Prägung zu geben.

LINKE im Einsatz mit der Ape am Rande der Kommunalwahlprogramm-MV



Impressum der LINKEZEITEN

Hg.: DIE LINKE Köln.

Redaktion: Dieter Koberg, Wolfgang Lindweiler, Alexander Recht, Sengül Senol.

Layout: Alexander Recht.

V. i. S. d. P.: Hans Günter Bell, c/o DIE LINKE Köln, Metzger Straße 24, 50677 Köln.

28. März bis 04. April: Aktionswoche gegen Krise und Krieg

Von Wolfgang Lindweiler

Nicht nur im Parlament, auch auf der Straße kämpft DIE LINKE für einen grundlegenden Politikwechsel. Gerade in einem Wahljahr ist es besonders wichtig, dem Anspruch Taten folgen zu lassen. Deshalb unterstützt DIE LINKE in Köln wie auch in Bund und Land die wichtigsten außerparlamentarischen Mobilisierungen dieses Frühjahrs. Der G-20-Gipfel in London und die Feierlichkeiten zum NATO-Jubiläum sind die Anlässe dafür.

Am 02. April treffen sich die Vertreter der G-20-Staaten in London, um über die Weltwirtschaftskrise zu beraten. Während die Menschen global unter den Folgen der Krise leiden, wollen 20 Regierungschefs in London die Interessen ihrer Banken und Konzerne sichern, statt das Casino zu schließen.

Am 03./04. April trifft sich die NATO in Straßburg und Baden-Baden, um ihren 60. Geburtstag zu feiern. Sie will dort auch ein neues strategisches Konzept für einen globalen Militärpakt verabschieden, der zur Aufrechterhaltung der ungerechten Weltwirtschaftsordnung dient und den NATO-Verbündeten Zugang zu den Energie- und Rohstoffvorräten der Welt sichern soll.

Samstag, den 28.03., werden Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Umweltverbände und Attac in Frankfurt und Berlin zum weltweiten Aktionstag in Sachen G-20 unter dem Motto „Wir zahlen nicht

für eure Krise – für eine solidarische Gesellschaft“ demonstrieren.

Der Kreisvorstand ruft alle Genossinnen und Genossen ausdrücklich zur Teilnahme und zur aktiven Unterstützung der Mobilisierung auf.

Eine Woche später organisiert der Landesverband eine Friedenslok zu den Aktionen zum NATO-Jubiläum. Karten dafür werden für 30 € im Kreisbüro, Metzger Str. 24, sowie im Wahlkreisbüro von Ulla Lötzer verkauft. Buskarten nach Frankfurt wird es dort ab Anfang März geben.



Kommunal- und Europawahl unter einem Hut

Von Sengül Senol

Das „LandeswahlkampfTeam“, das bei der Kreisverbands-Wahlkampf-LeiterInnen-Versammlung im Dezember 08 in Dortmund benannt wurde, hat sich bislang zweimal in Düsseldorf getroffen. Diesem Gremium gehören neben der Landesgeschäftsführung fünf Vertreter aus den Regionen in NRW an, für unsere Region wurde Sengül Senol in der Versammlung benannt.

In den ersten beiden Sitzungen wurde eine Bestandsaufnahme aus den Regionen gemacht und über die Vorbereitung der Wahlkampagnen für die Kommunalwahlen und die Europawahl gesprochen. Dazu haben zwei eingeladene Referenten aus dem Bundeswahlbüro die Themenplakate und die Strategie vorgestellt.

Demnach wird DIE LINKE am 7. Juni zum ersten Mal in vier neuen und vier alten Bundesländern zugleich zu den Kommunalwahlen und der Europawahl (NRW noch fraglich) antreten.

„Die LINKE kann nur gewinnen, wenn sie mit jenen Themen, Werten und Prinzipien, dem Politikstil und dem öffentlichen Erscheinungsbild, welche die Bürgerinnen und Bürger vor allem aus der Bundespolitik durch die Massenmedien vermittelt kennen, antritt“, so die Referenten aus dem Bundeswahlbüro.

Plakat der LINKEN zur Hessenwahl



Neben der Glaubwürdigkeit ist Geschlossenheit an der Basis, in Orts- und Kreisverbänden wichtig. Ziel ist es, um Zustimmung der Menschen für die Positionen der LINKEN und für eine andere Politik und Gesellschaft zu werben.

Das Landeswahlkampfteam hat sich für vier zentrale Themenplakate in NRW entschieden: „Öffentliche Daseinsvorsorge“, „handlungsfähige Gemeinden“, „Sozialticket“ und „gleiche Rechte für Migranten“ sind die zentralen Themen. Das migrationspolitische Plakat wird in sechs Sprachen verbreitet. Die KandidatInnen müssen darüber hinaus in der Lage sein, zu den Themen, die die Bürger und Bürgerinnen interessieren, die Position unserer Programme zu vertreten, wie z. B. Arbeit und Bildung.

Europa ist von den Bürgern weiter entfernt als die Kommune. Dies gilt es im Wahlkampf zu beachten. Auch dazu wird das Wahlkampfteam Schulungen organisieren.

Hartz IV: Verarmung per Gesetz

Von Elisabeth Sachse, Sprecherin der LINKEN Köln

Wer durch Arbeitsplatzverlust (nach einem Jahr) oder den Verlust existenzsichernder Einnahmen in Selbständigkeit auf Leistungen nach SGB II angewiesen ist, darf sich ausziehen: Bis auf einen Freibetrag von höchstens 10.050 € und ein angemessenes Auto muss alles andere zunächst in Geld umgewandelt und davon nach Hartz-IV-Satz gelebt werden, es wird tatsächlich der Zeitraum ausgerechnet, in dem man davon leben können soll.

Hartz IV ist Versicherungsbruch

Für Menschen, die lange Jahre gearbeitet haben, ist das eigentlich als *Versicherungsbruch* zu bezeichnen: Ansprüche auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, die früher prozentual abhängig vom letzten Nettoarbeitsentgelt berechnet wurden, wurden abgeschafft; nach einem Jahr erhalten alle den gleichen niedrigen Satz.

Bei „überhöhten“ Mietkosten wird der Umzug in eine günstigere Wohnung (die es in Städten wie Köln zumeist gar nicht gibt) nach einem halben Jahr verlangt, andernfalls werden die Kosten nur noch bis zum willkürlich festge-

setzten Höchstsatz übernommen, und man kann zusehen, wie man die Miete bezahlt bekommt.

Hartz IV und Denunziation

Freunde und Verwandte können nach § 60 SGB II zur Denunziation gezwungen werden; für Nachbarn besteht die Möglichkeit, anonym Angaben über Erwerbslose wegen angeblichen Missbrauchs zu machen.

Die Informationen bestehen am häufigsten darin, dass Menschen eine Lebenspartnerschaft unterstellt wird; im Umkehrschluss bedeutet dies, dass man sich tunlichst *nicht* auf eine Beziehung mit Erwerbslosen einlassen sollte, denn man wird schnell für sie zur Kasse gebeten, vor allen Dingen auch für ihre Kinder, wenn man denn mit ihnen zusammen leben wollte.

Umgekehrt werden die Einkommen von erwachsenen Kindern als Einkommen bei der Berechnung des Bedarfs für die Eltern angerechnet, solange sie zu Hause leben. Allerdings wird ein Ausziehen, etwa bei Aufnahme eines Studiums oder einer Ausbildung, erst dann gestattet, wenn der Ausbildungsort genügend weit entfernt liegt. Hier werden Kinder unzumutbar lange aus Kostengründen gezwungen, in den elterlichen Wohnungen zu verbleiben.

Jugendliche, die aus schwerwiegenden Gründen ihre Elternhäuser verlassen haben und mit Unterstützung der Jugendhilfe in entsprechenden Wohnheimen oder Wohngemeinschaften untergebracht sind, werden bei Erreichen des 18. Lebensjahres, mit dem sie aus der Jugendhilfe herausfallen, von der ARGE Köln gezwungen, wieder in ihre Elternhäuser zurück zu ziehen und sich somit erneut massiv belastenden Situation auszusetzen.

Beerbt man einen Erwerbslosen, wird man bis auf einen Freibetrag von ca. 15.000 € bis zu zehn Jahre

rückwirkend zur Kostenübernahme verpflichtet.

Hartz IV ist Entrechtung per Gesetz

Als Erwerbsloser wird man gezwungen, jede erdenkliche Maßnahme zu ergreifen, um schnellstmöglich aus dem Hilfebezug wieder herauszukommen. Dazu reichen nicht Bewerbungen, um die man sich freiwillig selbst bemüht.

Das neue Integrationsprogramm (IP) gibt den „persönlichen Ansprechpartnern“ (PAP) oder „Fallmanagern“ (FM) Mittel und Wege an die Hand, den Einzelnen durch Kategorien, mit denen man von „integriert“ (dann hat man Arbeit, kann aber nicht alleine davon leben) bis „integrationsfern“ (dann braucht man Betreuung und Hilfe) eingestuft werden kann, ziemlich schnell in die berühmten 1-Euro-Jobs zu „integrieren“. Das geht wie folgt:

Eingliederungsvereinbarungen

Man bekommt eine Eingliederungsvereinbarung zur Unterschrift vorgelegt; bei Verweigerung der Annahme droht Sanktionierung in Form von zunächst 30%iger Kürzung. Meistens beinhaltet diese Vereinbarung die Vorstellung bei einem Maßnahmeträger für eine Eingliederungsmaßnahme von einem halben Jahr Dauer. Dort muss vor jeglichem Profiling oder Coaching ein Vertrag unterschrieben werden: ohne Angabe von Einsatzort und Höhe der Wochenstundenzahl.

Dabei soll man sich aber parallel zu solchen Maßnahmen noch bewerben können, was eine Stundenzahl von höchstens 25 erfordern würde, doch diese Maßnahmeträger halten sich an diese Vorgabe nicht. Gleichzeitig wird die Einwilligung in die Weitergabe von Daten, die nicht weiter spezifiziert werden, verlangt. Bei diesen Daten kann es sich somit theoretisch auch um die



Gesprächsvermerke handeln, die die PAPs oder FM während ihrer Zeit der Zuständigkeit von den Gesprächsverläufen gemacht haben. Diese Vermerke sehen ganz schnell so aus: „War einem Gesprächsangebot nicht zugänglich.“ Oder: „Wurde aggressiv.“

Somit werden Menschen, die durch ihre Erwerbslosigkeit sowie schon einer belastenden Situation ausgesetzt sind, in der sie *allein* und ohne jeden Rechtsbeistand von einem Gefühl von Hilflosigkeit befallen werden und deswegen nicht in Ruhe und Gelassenheit diese Situation managen können, ganz schnell aufgrund einer *persönlich gefärbten und durch keinerlei professionelle Kompetenz gestützten* Kategorisierung in Zwangsmaßnahmen gesteckt.

Hartz IV diszipliniert

Diese Maßnahmen dienen weder ihrer Qualifizierung noch einer „Verminderung von Arbeitshemmnissen“, sondern in erster Linie der Disziplinierung. Nebenbei zählen sie so nicht mehr als Erwerbslose und fallen aus der Statistik herausfallen, d.h. die Arbeitslosenzahlen werden gemindert. Dieses Vorgehen hat den diskriminierenden Nebeneffekt, dass die Sozialdezernentin Bredehorst für Köln behaupten kann, dass „nur 15% der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen als integrationsnah“ einzuschätzen seien.

Ähnlich verhält es sich mit den anderen Qualifizierungsmaßnahmen: Viele haben schon mehrmals „Bewerbstrainings“ mitgemacht. Diese dauern in der Regel vier Wochen, werden nicht nach den persönlichen Präferenzen des Kunden ausgesucht und dienen vorrangig den Trägern, denn diese erhalten für jeden Teilnehmer mindestens 300 €. So entsteht neben dem regulären Arbeitsmarkt eine neue „Hartz-IV-Industrie“, wofür die Stadt Köln im Jahre 2008 vom Bund ca. 91 Millionen zugeschoben bekommen hat.

Lohndumping Hartz IV

Neben der Diskriminierung ist die Einführung der Ein-Euro-Jobs das *Mittel*, die öffentlichen Haushalte

durch Arbeitsplatzabbau zu entlasten und nach kürzester Zeit einen Bedarf in öffentlichem Interesse festzustellen, der durch Ein-Euro-Maßnahmen gedeckt werden kann (z. B. im Betreuungsbereich der OGT).

Das Empörendste an dieser Verlagerung von Belastungen ist die Tatsache, dass hierfür in verstärktem Maße Leistungen in Anspruch genommen werden können, die ursprünglich für die Absicherung von Arbeitnehmern gegen die Folgen von Arbeitslosigkeit eingeführt worden sind.

Gelder der Arbeitslosenversicherung werden so dazu missbraucht, Aufgaben zu finanzieren, die eigentlich zu regulären tariflichen Bedingungen aus Steuermitteln bezahlt werden müssten.

Hartz IV als Teufelskreis

Verstärkt werden in letzter Zeit die Menschen auch dazu gezwungen, Verträge mit Zeitarbeitsfirmen einzugehen. Neben Lohndumping führt das auch zur Verminderung der Einnahmen in den Sozialversicherungen, was zukünftig verstärkt als Argument für weitere Kürzungen benutzt werden wird. Und somit schließt sich der *Teufelskreis*.

Es bleibt ein Rätsel, wie unter diesen Bedingungen eine Öffentlichkeit stillschweigend dabei zusieht, wie die BA in den letzten beiden Jahren Rücklagen in Höhe von 18 Milliarden € bilden konnte. Diese Rücklagen dienen in erster Linie dazu, Arbeitgeber noch weiter aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

Stricken für den Winter

Von Michael Scheffer

Am 03.11.08 trafen sich Aktivisten der Kölner LINKEN unter dem Motto „Stricken für den Winter“ zu einer Protestaktion vor der Kölner ARGE. Hintergrund waren die zynischen Bemerkungen des Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin über das „gute Leben von Hartz-IV-Empfängern“. Der SPD-Politiker war nicht nur der Meinung, dass man sich von 3,90 Euro am Tag gut und gesund ernähren könne, sondern empfahl gleichzeitig, im Winter die Heizung zu drosseln und sich einen warmen Pullover anzuziehen.

Diese und andere dumme Sprüche eines medienverliebten Politikers stellen, nicht erst seit Energie-, Wirtschafts- und Finanzkrise um sich greifen, eine arrogante Verhöhnung von Erwerbslosen – nicht nur in Berlin – dar. Die PG „Aufstehen gegen Hartz IV“ der Kölner LINKEN wollte diese Provokation nicht hinnehmen. Sie versammelte sich mit Wolle, Strickliesel und Informations-Stand „bewaffnet“ morgens vor dem Haupteingang der Kölner ARGE, um unter dem Motto „Stricken für den Winter – Nein, danke!“ gegen die Diffamierung von Erwerbslosen zu protestieren.

Den teils amüsierten, teils interessierten Betroffenen wurde die Aktion erklärt, die Hintergründe erläutert und reichlich Infomaterial an die Hand gegeben. Das eigens

Fortsetzung auf Seite 6!

Projekttreffen!

Treffen der PG „Hartz IV“

26.02.2009, 19:00 - 22:30 Uhr,
B'haus Stollwerck, Raum 310

PG-Workshop zu „Hartz-IV-Industrie“ und „Diffamierung“

07.03.2009, 11:00 - 17:00 Uhr,
Parteibüro, Metzger Str. 24

Treffen der PG „Hartz IV“

12.03.2009, 19:00 - 22:30 Uhr,
Parteibüro, Metzger Str. 24

PG-Workshop zu „Entwicklung der Arbeitsagentur“ und „Bedingungsloses Grundeinkommen“

21.03.2009, 11:00 - 17:00 Uhr,
Stollwerk, Raum 310

Treffen der PG „Hartz IV“

26.03.2009, 19:00 - 22:30 Uhr,
B'haus Stollwerck, Raum 310



Die Projektgruppe „Für soziale Gerechtigkeit: Jetzt aufstehen gegen Hartz IV“ aktiv beim Stricken für den Winter

erstellte Flugblatt „Stricken für den Winter“ ging weg wie warme Semmeln – Herr Sarrazin würde wohl „kalte Schrippen“ fordern! – und musste noch während der Aktion nachkopiert werden.

Nicht nur der Zuspruch war enorm, auch der Gesprächs- und Beratungsbedarf von Betroffenen zeigte, dass der Aufbau der Sozial- und Rechtsberatung der Kölner LINKEN ein Schritt in die richtige Richtung ist. Neben dem Hinweis auf dieses Angebot wurden zentrale Parteiforderungen verdeutlicht. So wurde die Anhebung des Regelsatzes für ALG-II-Empfänger auf 435 € sofort oder die Einführung des Sozialtarifs für Strom und Gas für Geringverdiener propagiert. Die Aktion war eine sinnvolle Ergänzung der Protestformen unabhängiger Gruppen (Zahltag, Agenturschluss u. a.) und zeigt: Die LINKE kommt an. Bei den Menschen.

Zur Diskussion über die Mindestsicherung

Von Michael Scheffer

Auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen Linken im Oktober wurde von engagierten SozialpolitikerInnen ein Antrag eingebracht, wie eine „moderne, repressionsfreie bedarfsdeckende Mindestsicherung“ in Zukunft aussehen könnte.

Dieser Antrag, der in Essen nicht mehr debattiert und folglich auch nicht beschlossen wurde, wird seitdem parteiintern intensiv diskutiert. So auch in Köln, wo die örtliche Projektgruppe „Aufstehen gegen Hartz IV“ am 22. Januar zu einer Diskussionsveranstaltung unter dem Motto „Mindestsicherung – Was kommt nach Hartz IV?“ eingeladen hatte.

Diskussion über das NRW-Papier

Mit Carolin Butterwegge vom Landesvorstand NRW und dem ehemaligen Landtagsabgeordneten Daniel Kreuzt waren dankenswerterweise zwei Initiatoren des Antrags auf dem Podium. So nutzten sie die Gelegenheit, dem interessierten Publikum die Entstehung des dem

Antrag zu Grunde liegenden Eckpunktepapiers zu erläutern. Dass dieser Prozess höchst arbeitsintensiv und durchaus diskursiv war, konnte deutlich gemacht werden.

Die Motivation dafür lag in der Notwendigkeit begründet, dieses linke Kernthema endlich entscheidend voranzubringen. Daniel Kreuzt sprach von einer „konzeptionellen Leitidee“, die nur Teil einer gesamtgesellschaftlichen Alternative sei.

Eine Mindestsicherung lässt sich nicht losgelöst von Themen wie der Lohnpolitik, dem Unterhaltsrecht oder der Situation von Asylbewerbern betrachten. Entscheidend sei, die grundgesetzlich garantierte Menschenwürde bzw. deren Wahrung wieder in den Vordergrund zu stellen.

Die Beschränkung auf den Aspekt Mindestsicherung als nur einen Teil einer weit größeren Gemengelage wurde durch Cindy Kolter von der Projektgruppe kritisiert. Am Beispiel „Wohnen“ machte sie klar, dass die Fokussierung auf die

Mindestsicherung diese aus dem Kontext der Gesamtsituation reißt. Sie wies darauf hin, dass die Entwicklung alternativer Strategien mehr Zeit benötige.

Situation von Betroffenen

Cindy Kolter ging auch auf die konkrete Situation der Betroffenen ein, die sie als Sozialberaterin aus der täglichen Praxis naturgemäß besser kennt als ein Großteil der AntragstellerInnen. Darüber hinaus ist sie in der Erwerbslosen-Bewegung aktiv, in der auch der vierte Redner, Martin Behrsing vom Erwerbslosen-Forum Bonn, mitwirkt.

Auch er kritisierte, dass die Vertreter der Initiativen nicht ausreichend in den Prozess der Antragsstellung einbezogen worden und die entsprechenden Diskussionen längst nicht abgeschlossen seien.

Behrsing rechnete vor, dass die angedachten Beträge (Beispiel Regelleistung 435,- Euro/Monat) bei weitem nicht ausreichend seien. Er plädierte für eine Stärkung der So-

zialversicherung und eine Abkehr von der tradierten Gewerkschaftsorientierung.

Als ein expliziter Kenner der Materie empfahl er sich spätestens, als er spezielle Termini aus der Sozialgesetzgebung erläuterte (Pfändungsfreibetrag, Schonvermögen, Angemessenheit der KdU etc.). Allerdings räumte er auch ein, dass die Linke z. Zt. weit davon entfernt sei, eine staatstragende Partei zu werden.

Die Diskrepanz zwischen realistischen Forderungen und gerechtfertigten Utopien kennzeichnete denn auch den weiteren Verlauf des Abends. Unter reger Beteiligung des Publikums entwickelte sich eine lebhaft Diskussionsrunde, in der wichtige Punkte wie das Entsendegesetz, die Inflationsanpassung, die Kindergeldanrechnung, die Bilanzen der BA oder die Rolle der

paritätischen Wohlfahrtsverbände leider nur tangiert werden konnten. Es wurde betont, dass man der Mehrheit der erwerbstätig Beschäftigten vermitteln müsse, dass die Ausgabe öffentlicher Mittel für Sozialleistungen sinnvoll sei.

Zum Begriff der Arbeit

Auch das sog. „Lohnabstandsgebot“ wurde thematisiert. Es wurde aber auch klar, dass man den Begriff „Arbeit“ zukünftig anders zu definieren habe, denn viele aktuell „Arbeitslose“ leisten in der Tat Beträchtliches.

Dass Visionen und Visionäre ihren Platz in der Linken haben, trat deutlich zu Tage. Dafür spricht auch, dass viele Anwesende ihre Sympathie für ein – wie auch immer geartetes – Grundeinkommen betonten.

Dass die Option auf ein allgemeines Bürgergeld vielen Leuten in der Partei am Herzen liegt, ist eine der zentralen Aussagen dieser Podiumsdiskussion neben der Erkenntnis, dass der Komplex „Arbeit und Soziales“ derart umfangreich ist, dass man ihm ohne adäquate Einbeziehung von Erziehung, Bildung, Gesundheit, Wohnen, Ökonomie usw. nicht gerecht wird.

Man kann diagnostizieren, dass die Gemeinsamkeiten der Diskussionsteilnehmer doch größer sind, als vielleicht im Vorfeld vermutet.

Obschon es mitunter nur Details sind, die trennen, macht die Komplexität des Themas einen Konsens doch enorm schwierig.

Podium auf der Veranstaltung zum Thema „Mindestsicherung“ der PG „Für soziale Gerechtigkeit: Jetzt aufstehen gegen Hartz IV“ am 22.01.09, v.r.n.l.: Carolin Butterwegge, Daniel Kreutz (beide Mitverfasser des NRW-Papiers), Peter Löwisch (Moderator), Cindy Kolter (PG-Mitkoordinatorin), Martin Behrsing (Erwerbslosenforum Bonn)



Für eine bedarfsdeckende soziale Mindestsicherung: jetzt!

Von Matthias W. Birkwald

Hartz IV muss weg! DIE LINKE ist angetreten, Hartz IV zu überwinden und einen wirksamen, verlässlichen, repressions- und diskriminierungsfreien Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung zu gewährleisten. Darum beschloss der Parteivorstand im Herbst 2007, dass die Diskussion über die konkrete Ausgestaltung des Grundsicherungsmodells der LINKEN befördert werden möge, mit dem Ziel, bis zur Erstellung des nächsten Bundestagswahlprogramms die Meinungsbildung voranzutreiben.

NRW-Eckpunkte

Dies hat sich eine Gruppe von sozialpolitisch engagierten Genossinnen und Genossen aus NRW – darunter aus Köln Carolin Butterwegge, Matthias W. Birkwald sowie Alexander Recht – zu Herzen genommen und mit fachlicher Unterstützung von Daniel Kreuz Eckpunkte mit dem Titel „Für eine moderne, repressionsfreie bedarfsdeckende Mindestsicherung“ entwickelt.

Der Antrag konnte aus Zeitgründen auf dem vergangenen Landesparteitag nicht debattiert werden, liegt aber vor und harret der intensiven sachlichen Debatte in Kreisverbänden und im Landesverband.

Bundestagsfraktion

Der Text erreichte die Bundestagsfraktion DIE LINKE und trug zu ihrer politischen Willensbildung bei.

Kürzlich hat die LINKSFRAKTION einstimmig die unter Federführung von Klaus Ernst und Katja Kipping entstandenen „Vorschläge für eine bedarfsdeckende soziale Mindest-

sicherung“ beschlossen, die nun in der Partei diskutiert werden.

Sie orientieren sich stark am NRW-Antrag. Übereinstimmung besteht z. B. darin, dass wir eine bedarfsdeckende soziale Mindestsicherung benötigen, die u. a.:

- die Hartz IV-Logik durchbricht und eine Perspektive für eine menschenwürdige soziale Absicherung eröffnet;
 - allen rechtmäßig in Deutschland lebenden Menschen, einschließlich der Flüchtlinge, die über kein ausreichendes Einkommen oder Vermögen verfügen, um ihren sozialen und kulturellen Mindestbedarf zu decken, einen Rechtsanspruch auf Mindestsicherung garantiert;
 - sich am Individualprinzip orientiert, d. h. dass jeder bedürftige Mensch unabhängig von seinem Familienstand einen eigenen Anspruch hat, die unsägliche Bedarfsgemeinschaft abgeschafft wird und nichteheliche Lebensgemeinschaften keine wechselseitige Unterhaltsverpflichtung haben;
 - das Sanktionsregime des Konzepts „Fördern und Fordern“ abschafft und die Kürzung von Leistungen der gesetzlichen Mindestsicherung nicht vorsieht sowie
 - Ein-Euro-Jobs durch den Ausbau regulär-tariflicher öffentlicher Beschäftigung ersetzt.
- Es gibt weitere Übereinstimmungen, aber auch Unterschiede der beiden Konzepte. Nun gilt es, um die Verbesserungen kulturvoll und sachlich zu streiten, wie z. B. am 22.01. in Köln geschehen.

Links zum Thema!

Beschluss der Bundestagsfraktion zur Mindestsicherung
www.frank-spieth.de/dielinke/downloads/Mindestsicherung_Linksfraktion_01.09.pdf

Gemeinsame Pressemitteilung von K. Ernst und K. Kipping
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1204228919>

Originalantrag aus NRW
<http://www.utopia.de/community/gruppen/posts/was-haltet-ihr-von-diesem-antrag>

Für ein Gesamtkonzept!

Eine bedarfsdeckende soziale Mindestsicherung, die mit Hartz IV bricht, ist der entscheidende erste Schritt, um Armut in Deutschland nachhaltig zu überwinden.

Allein kann sie das nicht leisten. Dazu „braucht es insbesondere einen armutsfesten gesetzlichen Mindestlohn und die Fortentwicklung der Sozialversicherungen zu Bürger- bzw. Erwerbstätigenversicherungen, in denen das Solidarprinzip gestärkt wird und zu deren Finanzierung hohe und höchste Einkommen angemessen herangezogen werden“, wie es bei Katja Kipping und Klaus Ernst heißt.

Noch eine Übereinstimmung!

Für eine neue soziale Idee.

Ausbildungsprogramm fordern!

Von Thorsten Poremba

Seit rund zehn Jahren wird in den Medien permanent über den Arbeitsmarkt diskutiert. Die Jünger der Hartz-Gesetze klopfen sich ob ihres angeblichen Erfolges der gesunkenen Arbeitslosenzahlen selbst auf die Schultern.

Verschwiegen wird hier, wie wir wissen, dass diese „tollen“ neuen Jobs fast allesamt solcherart sind, dass kein Mensch von ihnen leben kann (Minijobs, Midijobs, prekäre Beschäftigungsverhältnisse).

Der Ausbildungsmarkt wird ignoriert

Ignoriert wird aber fatalerweise fast immer einer der wichtigsten Bereiche des Arbeitsmarktes: der Ausbildungsmarkt. Insbesondere die Bedingungen für Schüler ohne hohe Abschlüsse müssen uns am Herzen liegen: Hauptschüler und auch Absolventen von Sonderschulen.

Diese werden allesamt unterschätzt, mit fatalen Auswirkungen für ihre Zukunft! Das Image von Hauptschülern wird seit mindestens zwanzig Jahren fortwährend negativ dargestellt, ohne deren Schuld. Ursachen sind eben besagte Unterschätzung, auch von einstellenden Firmen. Dazu kommt seit den 80er Jahren die Praxis vieler Firmen, für ganz einfache Ausbildungsberufe, z. B. im handwerklichen Bereich, mindestens die Fachoberschulreife als Einstellungsvoraussetzung zu verlangen, was unangemessen anspruchsvoll ist.

Anschließend wurden Einstellungstests durchgeführt, in denen ebenso höhere Bildung abgefragt wird, die nichts mit dem angebotenen Ausbildungsberuf zu tun hat. Das setzt sich bis heute fort, führt zum überflüssigen Durchfallen der allermeisten Schüler mit einfachem Schulabschluss und verbaut diesen unnötig ihre Zukunft. Das wird nach wie vor praktiziert.

Etwas neuer ist die Vorgehensweise, die jungen Leute auf Probe

arbeiten zu lassen. Das wäre noch akzeptabel. Allerdings wird jeder Handgriff der natürlich noch unerfahrenen Bewerber so beurteilt, als müssten sie schon längst wissen, wie es geht, nach dem Motto: „Oh, wenn du noch mehr falschmachst, nehmen wir jemand anderen“. Eine groteske Art und Weise!

Noch hanebüchener ist die neueste Masche, den Bewerbern pseudopsychologische Fragen zu stellen, etwa nach ihrer Lieblingsfarbe oder ihrem Lieblingsessen. Daraufhin werden dann abwegige Rückschlüsse auf deren charakterliche Eignung geschlossen. Auch Rollenspiele mit Testkunden werden durchgeführt: mit oft verfehlter Beurteilung. Diese Praktiken sollten von unabhängiger Stelle wissenschaftlich untersucht und deren Unsinn breit veröffentlicht werden!

Das alles führt dazu, dass wenn man heute in eine Hauptschulabschlussklasse geht und fragt: „Wer von euch hat einen Ausbildungsplatz gefunden?“, sich daraufhin im Schnitt nur drei Leute melden: eine deprimierende Bilanz. Eine Förderung, die darauf abzielt, die Schüler in Ausbildungen zu bringen, ist unbedingt notwendig!

Für mehr städtische Ausbildung!

Von der Stadt Köln sollte unbedingt eingefordert werden, ein irgendwie geartetes Ausbildungsförderungsprogramm aufzulegen. Es kann und darf einer Stadt nicht egal sein, was mit ihrer Jugend passiert!

Insbesondere ist eine Stadt zum Handeln aufzufordern, die über reichliche Steuereinnahmen verfügt! Die Stadt Köln streicht jedes Jahr rund 4 Milliarden Euro an Steuern von den Bürgern ein, auch von den Eltern der Schüler. Bei derartig üppigen Finanzmitteln sollte Geld für die Zukunft unserer Kinder, auch für ein Ausbildungsförderungsprogramm, übrig sein!

Grundrecht auf Ausbildung

Petition an den Deutschen Bundestag

Die berufliche Ausbildung bestimmt über die gesellschaftliche Teilhabe eines Jeden. Sie entscheidet maßgeblich darüber, ob wir ein Leben in Eigenregie führen. Sie ist ausschlaggebend für unsere Familienplanung. Sie schafft erst die Möglichkeit einen Beruf auszuüben und damit in finanzieller Unabhängigkeit zu leben.

Obwohl wir um diesen hohen Stellenwert der beruflichen Ausbildung wissen, sehen wir dennoch seit 12 Jahren zu, wie die größte Ausbildungskrise in der Geschichte Deutschlands jährlich für viele junge Menschen zum Verhängnis wird.

Jedes Jahr bewerben sich hunderttausende Jugendliche vergeblich um einen Ausbildungsplatz. Dadurch sind bundesweit bereits 1,5 Millionen Jugendliche unter 25 Jahren ohne Ausbildung. Junge Menschen voller Hoffnungen werden von einer organisierten Verantwortungslosigkeit nach der Schule in ein Leben ohne Perspektiven entlassen.

Durch den mangelnden Weitblick der Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft reproduziert die Ausbildungskrise jährlich Massenarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel und belastet dadurch alle Bundesbürgerinnen und Bundesbürger. Dies muss sich ändern.

Die Ausbildung ist Teil der Bildung und damit ein gesellschaftliches Gut. Sie gehört gemäß ihrer Schlüsselrolle in das Deutsche Grundgesetz.

Wer ausbildungsfähig ist, muss Ausbildung einklagen können, jederzeit und unabhängig der wirtschaftlichen Lage. Der Mangel an Ausbildungsplätzen folgt keinem Naturgesetz, er ist Ausdruck mangelnden Willens.

www.ausbildung-fuer-alle.de/petition

eine Initiative der DGB-Gewerkschaften und der Schülervertretungen.

Unsere LINKEN MdBs



Von Ulla Lötzer, MdB

Die LINKE wirkt. Ob Mindestlohn, Rente, die Abschaffung von Hartz IV oder der Kampf gegen Kriegseinsätze – seitdem wir wieder im Bundestag sind, stehen soziale Gerechtigkeit und Frieden wieder auf der Tagesordnung.

Als aktive Gewerkschafterin und Mitglied im Attac-Beirat stehe ich dafür, die parlamentarische Arbeit mit Kampagnen und Aktionen für die Wiederherstellung sozialer und gewerkschaftlicher Grundrechte in Deutschland und dem Kampf für eine gerechte Weltwirtschaft zu verbinden.

Exemplarisch will ich dafür die Mitorganisation der Kampagnen gegen den G8-Gipfel, die Bolkestein-Richtlinie oder die Aktionen gegen die Welthandelskonferenz wie auch die Mindestlohn-Kampagne in NRW nennen. Auch die Auseinandersetzung um soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge habe ich ins Parlament und mit der LAG Betrieb und Gewerkschaft mit einer Petition auf die Straße getragen.

Unterstützung konkreter Kämpfe in Köln

„Wir stehen an Eurer Seite“, war ein Motto zur Unterstützung konkreter Kämpfe in Köln. Beispielsweise waren das die Beschäftigten der Allianz im Kampf für Ihre Arbeits-

plätze, die Beschäftigten der städtischen und der Uni-Klinik bei der Deckel-Kampagne von ver.di oder der erfolgreiche Widerstand gegen den Anti-Islamkongress.

Als Sprecherin der Fraktion für internationale Wirtschaftspolitik und Globalisierung habe ich Alternativen zum wirtschaftspolitischen Kurs der Bundesregierung in die Fraktion und Partei eingebracht.

Deren Politik ist an den Interessen der Exportindustrien und der Finanzinvestoren ausgerichtet. Mit Leiharbeit, dem Zwang zur Arbeit um jeden Preis durch Hartz IV und Steuergeschenken für Unternehmen hat sie die Profite und Vermögen gefördert, soziale und ökologische Standards zerstört und die Binnennachfrage abgewürgt.

Mit flächendeckender Privatisierung und Absenkung der öffentlichen Investitionen hat sie die öffentliche Daseinsvorsorge ruiniert. Mit der Förderung des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus hat sie auch zukunftsfähige Industriearbeitsplätze gefährdet. Diese Politik hat direkt in die Krise geführt.

LINKES ZIP

Das Zukunftsinvestitionsprogramm für einen sozialen und ökologischen Strukturwandel, mit dem bis zu 1 Mio. Arbeitsplätze geschaffen werden können, ist jetzt ein Schwerpunkt unseres Konjunkturprogramms.

Im Projekt „Öffentlich, weil's wichtig für uns alle ist“ haben wir gemeinsam in Köln dazu konkrete Vorschläge zur Wohnungspolitik, zum ÖPNV und der Energiewirtschaft auch für das Kommunalwahlprogramm entwickelt.

Wer von der Krise redet, darf vom Kapitalismus nicht schweigen

Gemeinsam mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Umweltverbänden trete ich für konkrete

wirtschaftsdemokratische Alternativen zur Überwindung des Kapitalismus ein:

Vergesellschaftung der Energiekonzerne und demokratische Kontrolle der öffentlichen Daseinsvorsorge sind Kernfragen dabei. Diese habe ich mit der Landespartei auf Konferenzen zur Steinkohle, zur Energiepolitik und zur Rekommunalisierung breit diskutiert.

Nicht erst seit dem Kampf um NOKIA in Bochum gilt: Investitionen und Staatshilfen müssen mit der Ausweitung von öffentlichem und Belegschaftseigentum und dem Ausbau von demokratischer Kontrolle verbunden werden. Die Duisburger Betriebsrätekonferenz „Mitbestimmung statt Shareholder-Value-Regime“ im November 2008 hat dafür eine breite Unterstützung gezeigt.

Der Kapitalismus hat die Welt in eine tiefe Krise gestürzt. Wir brauchen jetzt Druck für die Umverteilung von Vermögen und wirtschaftlicher Macht; für die Vergesellschaftung des Bankensektors und von Schlüsselindustrien, für eine demokratische Regulierung der Finanzmärkte und der Weltwirtschaft.

Engagiert gegen die Krise

Deshalb vertrete ich die Fraktion in der Kampagne gegen Krise und Krieg: „Wir zahlen nicht für eure Krise – für eine solidarische Gesellschaft“, deshalb unterstütze ich die Kölner Mobilisierung zu den Demonstrationen am 28.3. und 4.4. und bereite in Berlin eine Konferenz mit Susan George und anderen zur Antwort auf die Krise im März mit vor.

Als Mitglied einer starken linken Fraktion im Bundestag möchte dafür auch nach 2009 gemeinsam mit Euch im Parlament, auf der Straße und vor den Werkstoren in Köln kämpfen.

aus Köln ziehen Bilanz

Von Paul Schäfer, MdB

DIE LINKE wurde 2005 in den Deutschen Bundestag gewählt, weil 8,7 Prozent der Wählerinnen und Wähler eine Stimme im Parlament haben wollten, die für mehr soziale Gerechtigkeit und für mehr Demokratie in diesem Land streitet. Und sie wollten im Bundestag eine Partei, die im Unterschied zu allen anderen Fraktionen konsequent deutsche Kriegsbeteiligungen und Militäreinsätze ablehnt.

Das war für mich als verteidigungspolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion der Maßstab. Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ist in den vergangenen drei Jahren intensiviert und erheblich ausgeweitet worden, die Gewalt vor Ort ist dennoch weiter eskaliert. Neue Entsendegebiere sind hinzugekommen: Kongo, Libanon, Horn von Afrika.

Aktiv gegen Militarisierung

Die Zustimmung des Bundestages zu solchen Militäreinsätzen war in der Zeit zwischen 2002 und 2005 eher ein formaler Akt. Mit der LINKE im Parlament ist die Zeit des Durchwinkens vorbei. Wir haben *Nein* zu diesen Militäreinsätzen gesagt, und wir haben die außerparlamentarischen Proteste der friedenspolitisch Engagierten unterstützt.

Damit konnten wir erreichen, dass das Thema „Bundeswehr im Ausland“ heute mehr Menschen beschäftigt und diese mehr und mehr bezweifeln, dass wir Truppen an den Hindukusch schicken müssen. Der Druck auf die Einsatzbefürworter ist stärker geworden, aber noch lange nicht ausreichend. In der nächsten Zeit wird vor allem intensiver darum gerungen werden, den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan zu erreichen. Darum will ich mich weiter bemühen.

Aktiv für eine Welt ohne Atomwaffen

Ein anderer Schwerpunkt meiner Arbeit war das Eintreten für den Abzug der US-Atomwaffen von deutschem Boden. Heute reden selbst ehemals hartgesottene Abschreckungspolitiker davon, dass man die Welt von Nuklearwaffen befreien müsse. Damit können wir vor unserer Haustür beginnen: Die in Büchel gelagerten US-Bomben sollten unverzüglich abtransportiert und verschrottet werden, und die NATO muss endlich ihre Doktrin, Atombomben gegebenenfalls auch als erste einzusetzen, aufgeben.

Leider haben sich die Parteien der Großen Koalition in dieser Frage eher zögerlich gezeigt, besonders die CDU mauert. Mit US-Präsident Obama stehen die Zeichen günstiger, aber ohne unser Zutun wird es nichts. Ich habe in den vergangenen Jahren mitgeholfen, der Abzugsforderung durch Anträge und Reden im Parlament und durch die Beteiligung an Aktionen in der Region Nachdruck zu verleihen.

Der Ruf nach der atomwaffenfreien Welt muss noch lauter werden: bei den Demonstrationen gegen den NATO-Gipfel im April, bei den Ostermärschen, bei den 1. Mai-Kundgebungen, beim nächsten Anti-Kriegstag im September.

Die jüngsten Kriege haben uns allen drastisch vorgeführt, dass sich Probleme mit Gewalt nicht lösen lassen, in Georgien nicht und auch nicht in Gaza. Doch die Liste der Konflikte, in denen ein Waffeneinsatz droht, wird nicht kleiner – denken wir nur an den Iran.

All diese Konflikte können friedlich gelöst werden, wenn man sich von der Vernunft und dem Grundsatz der Gerechtigkeit leiten lässt. Die Mittel, die bisher für Krieg und Rüstung vergeudet wurden, könnten endlich für die Bekämpfung des Hungers und des Klimawandels eingesetzt werden.



Dazu brauchen wir neues Denken und neue Konzepte – innerhalb und außerhalb des Parlaments. Ich habe als Abgeordneter einiges dazu beitragen können, dass die LINKE auf diesem Gebiet Profil gewinnt. Aber noch bleibt viel zu tun.

Aktiv vor Ort

Die Auseinandersetzung über Militär und Rüstung muss auch vor Ort geführt werden. Daher habe ich einen Rüstungsatlas NRW herausgebracht, eine Konferenz zum Rüstungsstandort NRW initiiert und letzten Herbst eine „Kasernentour“ veranstaltet, bei der ich wichtige Militäreinrichtungen von Rheinbach bis Rheine, darunter auch das Luftwaffenkommando in Köln, besucht habe.

Aktive aus der Friedensbewegung waren dabei eingebunden, Diskussionsveranstaltungen ergänzten das Programm. Dazu gehören auch Aktivitäten gegen Munitionstests in Elsenborn oder gegen den AWACS-Fluglärm in Geilenkirchen.

Denn auch die militärisch-zivile Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene verlangt nach kritischer Betrachtung. Diese habe ich durch Informationsmaterial und durch öffentliche Debatten – so auch in Köln – unterstützt. Ich möchte mich mit Eurer Unterstützung in einer gestärkten Fraktion Die LINKE weiter für Frieden und Abrüstung engagieren.



Elisabeth Sachse, Martin Nees und Sengül Senol (v.l.n.r.) zu Besuch beim Verein der Dersim-Gemeinde

Besuch beim Dersim-Verein

In Deutschland leben nach Schätzungen mehr als 200.000 Menschen aus Dersim, einem Landstrich in der Türkei, davon etwa 10.000 in Köln und Umgebung.

Die Dersimgemeinde Köln e.V. ist Träger eines Kulturzentrums in der Bobstraße, das seit 1995 von der Stadt als interkulturelles Zentrum anerkannt ist.

Auf Einladung des Vereins besuchten Elisabeth Sachse, Martin Nees und Sengül Senol vom Kreisvorstand der LINKEN Köln das Zentrum und nahmen am Asure-Essen zum Ende der alevitischen Fastenzeit teil.

Attac-Rundumschlag

Auch dieses Jahr findet wieder ein Attac-Rundumschlag statt, nämlich am **21.03.09** in der **Alten Feuerwache, Melchiorstraße 3**.

DIE LINKE Köln wird sich mit einem Workshop zum Thema „Finanz- und Wirtschaftskrise“ beteiligen. Über zahlreiche Teilnahme würden wir uns freuen.



Spenden für DIE LINKE Köln

Für die Wahlkämpfe brauchen wir nicht nur vollen Einsatz, sondern auch volle Kassen.

Spenden sind daher sehr erwünscht an:

DIE LINKE Köln
Sparkasse Köln
Kto.-Nr.: 190 195 357 8
BLZ: 370 501 98

Der LINKE OV Schäl Sick ...

trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat im BZ Buchforst, Eulerstraße 11, 19:00 Uhr, Kontakt: Martin Zorn, Tel.: 0221 62 56 71.

Der LINKE OV Ehrenfeld ...

trifft sich jeden 3. Dienstag im Monat im BüZe Ehrenfeld, Venloer Straße 423, 19:30 Uhr, Kontakt: Michael Giese, Tel.: 0221 933 50 74.

Der LINKE OV Innenstadt/Rodenkirchen ...

trifft sich einmal im Monat an unterschiedlichen Terminen im DIDF-Büro, Mechtildisstr. 7, 19:30 Uhr, Kontakt: Markus Lauber, Tel.: 0175 405 94 91.

Der LINKE OV Nord ...

trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat abwechselnd im Altenberger Hof (10. Juni), Mauenh. Str. 92, oder im Bezirksrathaus Chorweiler, Pariser Platz 1, 19:00 Uhr, Kontakt: Cindy Kolter, Tel.: 0173 823 79 15.

Der LINKE OV Lindenthal ...

trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat im ASB Köln, Sülzburgstraße 146, 19:30 Uhr, Kontakt: Angelika Link Wilden, Tel.: 0172 602 98 43.

Der LINKE OV Porz ...

trifft sich in der Regel jeden 2. Dienstag im Monat im Bürgerzentrum Finkenbergl, Stresemannstraße 6a, 19:00 Uhr, Kontakt: Wolfgang Lindweiler, Tel.: 0177 434 91 52.

Die LINKE Frauengruppe LISA ...

trifft sich das in regelmäßigen Abständen im LINKEN Parteibüro, Metzger Str. 24, Kontakt: Claudia Borchard, Elke Hoheisel-Adejolu, Tel.: 0177 524 36 04.

Die Hochschulgruppe DIE LINKE.SDS ...

trifft sich jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat im Raum C, Studiobühne, Universtätsstr. 16, 20:00 Uhr, Kontakt: Dominik Düber, Tel.: 0160 181 35 81.